

# **Asymmetrie als politik- und kriegsbildbestimmendes Phänomen**

**Walter Feichtinger**

# Asymmetrie als politik- und kriegsbildbestimmendes Phänomen

## Vorbemerkung

Immer häufiger findet in der Konflikt- und Kriegsbildforschung der Terminus „Asymmetrie“ Verwendung. Dieser Begriff bildet dabei die Anti-These zum "symmetrischen" Kriegs- und Konfliktbild traditioneller Prägung. Durch „Asymmetrie“ sollen dabei gleich mehrere Ungleichheiten, so z.B. zwischen den Akteuren (Konfliktstruktur), in ihren Strategien, Methoden und Verfahren (Konfliktaustragung), aber auch bei ihren Potenzialen und Ressourcen zum Ausdruck kommen.<sup>99</sup> Herfried Münkler bezeichnet etwa in diesem Zusammenhang den transnationalen Terrorismus, wie er in Gestalt von Usama bin Ladens al-Qaida und in Form der „historischen“ Terroranschläge vom 11. September 2001 mit entführten Passagierflugzeugen in New York und Washington in Erscheinung trat, als „*die offensive Form der strategischen Asymmetrisierung von Gewaltanwendung*“.<sup>100</sup>

Bei der Fokussierung auf Asymmetrie im Zusammenhang mit Kriegführung gerät beinahe in Vergessenheit, dass Asymmetrie im Sinne von Ungleichheit nicht nur in diesem Bereich, sondern in allen Lebensbereichen und besonders auch im System der internationalen Beziehungen schon immer ein omnipräsentes Phänomen darstellte. In der Sicherheitspolitik etwa führte Asymmetrie, die ja nur beim Vergleich mit etwas oder einem Anderen entstehen kann, zur Entwicklung unterschiedlichster Sicherheitskonzepte, die somit auch eine Reflexion bestehender Ungleichheit darstellen.

---

<sup>99</sup> Vgl. Daase, Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden 1999, S. 93ff. Er stellt dabei die unterschiedliche Vergesellschaftung der Akteure als Merkmal und Ursache ins Zentrum seiner Betrachtungen.

<sup>100</sup> Herfried Münkler: Die neuen Kriege. Reinbek 2002, S. 54.

Trotz formaler Gleichheit von Akteuren kommt im institutionellen Bereich entweder strukturell oder realiter durch den Entscheidungsfindungsprozess eine mehr oder weniger ausgeprägte Asymmetrie zum Ausdruck. So kann etwa der UN-Sicherheitsrat als eine strukturelle Manifestation machtpolitischer Ungleichheit gesehen werden. Es ist auch ein offenes Geheimnis, dass substanzielle Beschlüsse innerhalb der NATO nicht gegen den Willen der „starken“ USA gefasst werden können, während „schwächere“ Mitglieder einfacher „zu überzeugen“ sind.

Ein geradezu prototypisches Beispiel realpolitischer Asymmetrie im Internationalen System stellen die Vorgänge im Vorfeld und während des amerikanischen Interventionskrieges gegen den Irak im Frühjahr 2003 dar. Die maßgeblich daraus resultierenden Spannungen im transatlantischen Verhältnis sind eine weitere Reflexion machtpolitischer Asymmetrien und unterschiedlicher Strategien.

## **2. Hinweis zur Methode**

Der vorliegende Beitrag soll dazu dienen, das Merkmal der Asymmetrie im Bereich der Sicherheitspolitik und des Internationalen Systems in groben Zügen zu beleuchten und als alltägliche Erscheinungsform von zunehmender Bedeutung sowie als Determinante sicherheitspolitischen Handelns darzustellen. Es wird dabei von der These ausgegangen, dass Asymmetrie ein omnipräsentes Phänomen in der Sicherheitspolitik darstellt und sich im konzeptionellen, strukturellen und realpolitischen Bereich manifestiert.

Asymmetrie wird dabei ganz allgemein als „Ungleichmäßigkeit, Mangel an Symmetrie“ gesehen.<sup>101</sup> Herfried Münkler unterscheidet im Kontext der Kriegführung noch Asymmetrien, die sich aus der

---

<sup>101</sup> Diese Definition entstammt Brockhaus (2001). Die Enzyklopädie in 24 Bänden. Zweiter Band. Leipzig/Mannheim: F.A. Brockhaus S. 252.

Über- oder Unterlegenheit einer Konfliktpartei generieren.<sup>102</sup> Im Handwörterbuch Internationale Politik sucht man vergeblich nach Asymmetrie.<sup>103</sup> Der weiteren Bearbeitung wird daher Asymmetrie synonym für eine machtpolitische Ungleichheit von Akteuren zu Grunde gelegt.

Nach einem knappen Theorieabriss mit Realbezug auf den Irak-Krieg 2003 wird kurz die Situation im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (SR/VN) als Beispiel einer strukturellen Manifestation von Asymmetrie im Internationalen System beleuchtet. Die Reflexion sicherheitspolitischer Konzepte und strategischer Grundsatzüberlegungen während des Kalten Krieges sowie ausgewählter aktueller Sicherheitskonzepte (USA, Russische Föderation, Österreich) dient im Anschluss der weiteren Evaluierung der leitenden These.

Besonderes Augenmerk wird in diesem Kontext auf das unilaterale Vorgehen und die Ausnahmeposition der USA gelegt. Die abschließende Conclusio bestätigt die Auffassung, dass Asymmetrie im Verständnis von Ungleichheit/Ungleichmäßigkeit ein quasi systemimmanentes Phänomen in den internationalen Beziehungen, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik darstellt.

Asymmetrie im Kontext bewaffneter Konflikte findet in dieser Studie keine Exploration, da dies den Umfang sprengen würde. Angesichts der inflationären und nur selten differenzierten Verwendung des Begriffes wird allerdings im Anhang eine konfliktorientierte, einfache Differenzierung von Asymmetrie angestellt. Diese könnte als Basis für vertiefende Analysen, auch im Bereich der politischen Dimension, dienen.

---

<sup>102</sup> Münkler, Herfried: Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege. In: Schröfl, Josef / Pankratz, Thomas: Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden-Baden 2004, S. 87 (85-93).

<sup>103</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Handwörterbuch internationale Politik. Opladen 2000.

Diese Studie, die sich methodisch an qualitativen und komparativen Merkmalen orientiert, kann lediglich einen ersten Überblick über ein allgemeinpolitisches Phänomen bieten. Das war auch die Intention, die bei der Erstellung verfolgt wurde. Für detailliertere und vertiefte Aussagen wäre es erforderlich, die jeweiligen Aspekte wesentlich genauer zu beleuchten. An der Grundaussage, die bereits im Titel der Arbeit dargelegt wurde, dürfte sich aber vermutlich nichts ändern.

### **3. (Neo-)Realistische Betrachtungen des Internationalen Systems**

Es erscheint zweckmäßig, sich zu Beginn der Betrachtung die zentralen Faktoren, die eine Gleichheit oder Ungleichheit von Staaten als bislang im Internationalen System dominierende Akteure bewirken, zu vergegenwärtigen.

#### **3.1. Interessen, Macht und Souveränität als bestimmende Parameter im Internationalen System**

Ausgehend von der (neo-)realistischen Theorie ist das Handeln von Staaten maßgeblich durch deren Machtpotenziale bestimmt. Es orientiert sich an den eigenen Interessen (Machtpolitik) und dem Erfordernis, Sicherheit innerhalb des eigenen Territoriums und im Internationalen System selbstständig gewährleisten zu können (Souveränität).<sup>104</sup> Das Internationale System wiederum ist durch das Fehlen einer den Staaten übergeordneten Institution mit Sanktionsmöglichkeiten geprägt, was man als „Anarchie“ bezeichnen kann.

Als Machtpotenziale von Staaten werden vorwiegend die wirtschaftliche und die militärische Stärke gesehen, die der

---

<sup>104</sup> Vgl. Gärtner, Heinz: Modelle europäischer Sicherheit. Wie entscheidet Österreich? Wien 1997, S. 4f.

politischen Führung einen entsprechenden Stellenwert im internationalen System verleihen und die Interaktionsmöglichkeiten determinieren. Die territoriale Größe eines Staates, seine Bevölkerungszahl, Bodenschätze und Wirtschaftskraft sowie das politische System sind dabei die bestimmenden Größen bei der Ausbildung der Potenziale. Die allgemein verbreitete Unterscheidung der Akteure in Supermächte, Regionalmächte oder Mittel- und Kleinstaaten bringt in plakativer Form die Ungleichheit zum Ausdruck. Bezogen auf die oben erwähnten Machtfaktoren wird damit zumeist auch ihr Stellenwert im geopolitischen Sicherheitssystem („Machtkonzert“) festgelegt.

### **3.2. Asymmetrische Verteilung von Machtressourcen**

Asymmetrie bezeichnet im politischen System ein Machtgefälle zwischen zwei oder mehr Akteuren (Staaten, Organisationen, Gruppierungen). Sicherheitspolitische Asymmetrie manifestiert sich dabei in struktureller Hinsicht in den neorealistischen Axiomen „Unilateralismus“, „Hegemonie“ und „Allianzpolitik“.

Wodurch entsteht nun diese Asymmetrie in der Machtverteilung im sicherheitspolitischen Bereich in der internationalen Politik? Diese Frage kann durch Differenzierung von drei Konditionalfaktoren der Asymmetrie qualitativ erschlossen werden: Asymmetrie der internationalen Sicherheitspolitik bedeutet a) die ungleiche Verteilung von Mitteln und Ressourcen zwischen den politischen Akteuren auf staatlicher Ebene. Diese Verteilung bestimmt b) die Möglichkeiten, Strategien und Handlungsoptionen der staatlichen Akteure und führt c) zu einem unterschiedlichen Verhalten im zwischenstaatlichen Interaktionsprozess. Eine annähernde Verfügungsgleichheit von Mitteln und Ressourcen in diesem Prozess bewirkt eine symmetrische („gleichberechtigte“) Interaktion, während Ungleichheit zu asymmetrischer Interaktion im internationalen Staatensystem führt. Die Konzeption der VN als Weltforum von Staaten stellt in diesem Kontext den ambitionierten Versuch dar, die evidenten

Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten nach dem Prinzip „one state – one vote“ möglichst zu egalisieren.

### **3.3. Der Wettstreit zwischen „multipolaren Institutionalisten“ und „machtbalancierenden Realisten“**

Nach dem Kalten Krieg und dem Ende des „Gleichgewichts des Schreckens“ zwischen den USA und der UdSSR versuchten v.a. die westlichen Demokratien in den 1990er Jahren, eine neue, multilaterale und vermehrt institutionalisierte Weltordnung aufzubauen. Dabei wird nach realistischer Kritik das Ordnungsprinzip vom „Gleichgewicht der Mächte“ außer Kraft gesetzt und durch eine Ordnung der internationalen Regierungsinstitutionen ersetzt. Vertreter des Institutionalismus gehen davon aus, dass die weitreichende Übertragung von Macht an Institutionen die Wahrscheinlichkeit von Krieg (in Europa) senkt und stabilisierend bzw. friedensfördernd wirkt.<sup>105</sup>

Diese Sichtweise wird von der realistischen und neorealistischen Schule nicht geteilt. Ihrer Überzeugung nach haben internationale Institutionen keine unabhängigen Einflussmöglichkeiten auf das Verhalten eines mächtigen staatlichen Akteurs. Vielmehr gelten Institutionen als Instanzen zur „Reflexion der Machtverteilung in der Welt“ und unterliegen damit der akteursbedingten Manipulation.<sup>106</sup> Wegen dieses Befundes vertreten die Realisten die Auffassung, dass Institutionen keine zentrale Rolle bei der Erhaltung des Friedens spielen können. Empirischen Untersuchungen zufolge haben internationale Institutionen lediglich einen marginalen Einfluss auf den Staat als Träger von Macht.

---

<sup>105</sup> Vgl. Gärtner a.a.O., S. 123.

<sup>106</sup> Vgl. ebenda.

### **3.4. Nicht-staatliche Akteure als Asymmetrie generierende Elemente**

Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, dass in beiden „Denkschulen“ das Phänomen der Ungleichheit als ein strukturbestimmendes Element im Internationalen System gesehen wird. Sowohl das neorealistic „balance of power“-Denken als auch die institutionalistischen Konfliktverregelungsbestrebungen stehen jedoch einem signifikanten Merkmal der Veränderungen im nationalen und internationalen politischen System, nämlich der zunehmenden Bedeutung nicht-staatlicher Akteure, eher unbedarft gegenüber.

Allein der unterschiedliche völkerrechtliche Status nicht-staatlicher Akteure (z.B. von Befreiungs- oder Unabhängigkeitsbewegungen, aber auch von Nichtregierungsorganisationen oder Wirtschaftskonzernen) gegenüber Staaten generiert dabei eine Asymmetrie, die im politischen Alltag, insbesondere aber bei innerstaatlichen bewaffneten Konflikten von herausragender Bedeutung ist. Gerade den sogenannten Kleinen Kriegen, die in höchstem Maße asymmetrisch ausgetragen werden, gesteht aber etwa Christopher Daase ein hohes Transformationspotenzial zu und geht davon aus, dass Kleine Kriege das Internationale System hinkünftig mehr beeinflussen werden als sogenannte Große (zwischenstaatliche) Kriege.<sup>107</sup>

### **3.5. Neues Sicherheitsdilemma durch einen „unsichtbaren“ Feind**

Diese Ungleichheit der Akteure und ihres Verhaltens führt zur Ausweitung eines sicherheitspolitischen Phänomens, dem sogenannten „Sicherheitsdilemma“.<sup>108</sup> Die bislang in zwischenstaatlichen

---

<sup>107</sup> Daase; a.a.O.

<sup>108</sup> Vgl. Buzan, Barry: People, States and Fear. New York 1991, S. 294-327.



Beziehungen anzutreffende Verunsicherung, hervorgerufen durch das Missverhältnis zwischen tatsächlicher und vermeintlicher militärischer Bedrohung, scheint nämlich durch das Auftreten nicht-staatlicher Akteure, insbesondere in Gestalt des Terrornetzwerkes al-Qaida und ähnlicher Strukturen, eine erheblich Ausweitung zu erfahren.

War schon die reale Bedrohung durch einen anderen Staat nur äußerst schwer abzuschätzen und bedurfte aufwendiger Nachrichtendienste, so bewirkt die Ungewissheit zwischen realer und vermeintlicher Bedrohung durch nicht-staatliche Akteure (und v.a. eben Terrororganisationen) eine permanente Gratwanderung der Entscheidungsträger zwischen Über- und Unterschätzung möglicher Gefahren und Bedrohungen. Dieser Umstand kommt substaatlichen Akteuren äußerst entgegen, da sie allein durch eine „Drohstrategie“ (die offene Androhung eines Attentats oder gezielt lancierte Hinweise auf einen Anschlag) die Kosten für staatliche Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen in horrenden Höhen treiben und damit nachhaltigen Druck auf politische Führungen und Gesellschaften ausüben können. Die Schwierigkeit für Regierungen, angemessen zu agieren und adäquate Maßnahmen zu setzen (weder Unterschätzung der Gefahr noch Überreaktion), drängt sie dabei in eine Defensivposition, während nicht-staatliche Akteure das "Gesetz des Handelns" bestimmen.

Das erweiterte Sicherheitsdilemma

*„ist daher Ergebnis einer Interaktion zwischen Staaten- und Gesellschaftswelt. Es ergibt sich zum einen aus der erhöhten Teilbarkeit des Nutzens in einer globalisierten Weltwirtschaft und zum anderen aus der abnehmenden Effizienz des Staatensystems, Abweichungen von den Regeln durch nicht-staatliche Akteure zu verhindern. Für Letztgenannte steigt der Anreiz, sich zwecks Nutzenmaximierung vom Staatensystem überhaupt loszusagen und dadurch Unsicherheit zu produzieren. Versuche, Sicherheit durch Intervention wieder herzustellen, können zu Rückschlägen und, vermittelt über die Wechselwirkungen mit komplexen Globalisierungsprozessen, zu*

*neuer Unsicherheit führen. Diese Wechselwirkungen können beispielsweise hervorgerufen werden durch transnationale Machtnetzwerke, das Aufbrechen neuer grenzüberschreitender Konflikte, die Berichterstattung internationaler Medien oder die Entstehung von Gewaltmärkten“.*<sup>109</sup>

### **3.6. Theoretische Betrachtung von Asymmetrie anhand des Irak-Krieges 2003**

Der Krieg gegen den Irak hat die diplomatischen Modalitäten der zwischenstaatlichen Beziehungen zumindest vorübergehend verändert. Das Paradigma des Multilateralismus als politisches Ordnungsprinzip scheint für den "high politics"-Bereich<sup>110</sup> vorerst ausgedient zu haben. Durch den Anspruch der USA auf eine hegemoniale Ordnung wird die theoretische Aussagekraft von idealisierten Theorieschulen reduziert.<sup>111</sup>

Der amerikanische Unilateralismus als Ausdruck machtpolitischer Überlegenheit gegenüber allen anderen staatlichen Akteuren verdeutlicht die realistischen Axiome in den internationalen Beziehungen wie etwa das anarchische Prinzip, das Selbsthilfeprinzip und das autonome Sicherheitsdenken.<sup>112</sup> Der Widerstand gegen das US-Vorgehen steht aber auch für die Tatsache, dass Staaten die „relativen Gewinne“ einer Kooperation ins Kalkül ziehen, wie das diplomatische Tauziehen zeigte. So wollte Frankreich vermutlich durch die Formierung einer Koalition von Kriegsgegnern die zu erwartenden relativen Kooperationsgewinne der USA in Grenzen

---

<sup>109</sup> Vgl. Ehrhart, Hans-Georg: Militärische Macht als außenpolitisches Instrument im 21. Jahrhundert. In: ÖMZ 6/2002. Wien 2002, S. 689.

<sup>110</sup> Neorealisten bezeichnen mit dem "high politics"-Bereich die Sicherheitspolitik, Verteidigung und die militärische Stärke. "Low politics" meint hingegen Wirtschaft, die kulturellen Angelegenheiten und untergeordnete politische Agenden eines Landes.

<sup>111</sup> Vgl. hierzu Menzel, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main 2001.

<sup>112</sup> Vgl. hierzu Gärtner a.a.O., S. 4.

halten. Realpolitisch betrachtet wollte Frankreich den Irak vermutlich nie zu einer umfassenden Abrüstung zwingen, sondern v.a. die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen: *"The French goal was never to disarm Iraq, it was to strengthen France"*.<sup>113</sup>

Der von manchen befürchtete relative Gewinn der USA aus einer zweiten Irak-Resolution minimierte daher vermutlich die Kooperationsbereitschaft der anderen Staaten, weshalb sie ihre Zustimmung im SR der VN verweigerten:

*„Das Ziel von Staaten ist es nicht unbedingt, Macht zu maximieren, sondern ihre Positionierung im internationalen System zu erhalten. Dazu ist es notwendig, dass andere Staaten ihre relative Stärke (capabilities) nicht zum eigenen Nachteil überproportional ausbauen. Diese Furcht vor den relativen Gewinnen ist es, die die Bereitschaft von Staaten zu kooperieren in Grenzen hält“*.<sup>114</sup>

Die politische Asymmetrie kam aber insbesondere in der direkten Gegenüberstellung der beiden Akteure Irak und USA zum Ausdruck. Die formale Gleichheit als souveräner Nationalstaat trat dabei angesichts der realen Machtverhältnisse und Positionen im Internationalen System völlig in den Hintergrund. Die Überlegenheit der USA auf allen Ebenen, sei es politisch, diplomatisch, militärisch oder ökonomisch, schuf eine Asymmetrie, welche die Handlungsoptionen des objektiv unterlegenen Irak essenziell einschränkten.

---

<sup>113</sup> Glennon, Micheal J.: Why the Security Council Failed. In: Foreign Affairs 3/2002. New York 2002, S. 25.

<sup>114</sup> Gärtner a.a.O., S. 8.

#### **4. Der Sicherheitsrat der VN als Beispiel einer strukturellen Manifestation von Asymmetrie**

Die strukturelle Manifestation sicherheitspolitischer Asymmetrie liegt in der Tatsache begründet, dass die Grundlage der VN aus einem abstrakten Set von normativen Regeln besteht, die teilweise sogar älter sind als die Weltorganisation selbst. Im Laufe der Jahrzehnte wurde dieses Set an Regeln fortgeschrieben und modifiziert.<sup>115</sup> Der idealistische Grundsatz der VN von der "Gleichheit der Staaten", die sich im "one state – one vote"-Prinzip in der Generalversammlung manifestiert, wird aber auf paradoxe Weise relativiert;<sup>116</sup> da sich die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkrieges durch ihre permanente Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und dem Vetorecht eine überragende Vorrangstellung gesichert haben. Allerdings findet dieses Abbild der Kräfteverteilung von 1945 in den heutigen internationalen Beziehungen keine akkurate machtpolitische Entsprechung mehr.

Die Zusammensetzung des SR/VN reflektiert somit eine Ungleichheit im institutionellen Rahmen, die durch ein historisch-strukturell überholtes Entscheidungsmodell konstituiert wird. Die Mischform aus rotierenden und ständigen Mitgliedern stellt einen Kompromiss dar, der den Mächtigen entgegenkommt und die Partizipation aller anderen der mittlerweile 191 Mitgliedsstaaten ermöglichen soll. Die politisch nicht mehr aktuelle Zusammensetzung des Sicherheitsrates verringert auch die Durchsetzungsfähigkeit der VN bei friedenserhaltenden und friedenserzwingenden Maßnahmen.

Die USA betrachten die VN als "softtool", während die meisten anderen Staaten – wie auch die vier anderen Veto-Mächte im Sicherheitsrat – in Verfolgung eines multilateralen Weltordnungskonzeptes das bestehende VN-System stärken wollen. Aus amerikanischer Perspektive ist die VN kein autonomer Akteur, sondern ein "Instrumentarium" der nationalen Außen- und

---

<sup>115</sup> Rechkemmer, Andreas: Die Zukunft der Vereinten Nationen. SWP-Aktuell 15, April 2003, S. 2.

<sup>116</sup> Ebenda.

Sicherheitspolitik.<sup>117</sup> Das Verhalten der USA reflektiert somit auch die aktuellen politischen Verhältnisse in der internationalen Ordnungspolitik, was wiederum die neorealistische Sicht von Institutionen als abhängige Variable stärkt.<sup>118</sup>

Die US-Militäroperation *Iraqi Freedom* im Frühjahr 2003 demonstrierte die autonomen Handlungsoptionen einer Supermacht, welche die strukturellen und realpolitischen Defizite des SR/VN frühzeitig ins Kalkül zog. Die internationale Kritik am Krieg gegen den Irak hat den Sicherheitsrat durch die Vetodrohungen der Kriegsgegner Frankreich und Russland gespalten. Das Vetorecht stellte sich in der Irak-Debatte als kontraproduktiv heraus, weil damit die Wirkung der Drohkulisse gegenüber Saddam Hussein abgeschwächt wurde und der Druck auf ihn abnahm, bedingungslos mit den VN zu kooperieren.<sup>119</sup> Dies führte in letzter Konsequenz zu einem Bedeutungsverlust der Weltorganisation bei gleichzeitiger Stärkung des amerikanischen Unilateralismus.

Die Krise der VN kann auch als konkrete Ausformung einer manifesten und omnipräsenten Ungleichheit in der internationalen Politik angesehen werden. Die Gründe dafür sind tieferliegender Natur und wurden

*„nicht erst durch einen Alleingang einiger, sich zumindest in einer völkerrechtlichen Grauzone bewegender Mitgliedsstaaten*

---

<sup>117</sup> Vgl. Lowi, Theodore/Ginsberg, Benjamin: American Government. Freedom and Power. New York/London 2001, S. 377-378.

<sup>118</sup> Mit dieser Auffassung von den VN als "politischer Bühne", die zur Verfolgung nationaler Interessen gezielt genützt und möglicherweise instrumentalisiert werden kann, sind die USA zweifelsohne nicht alleine. So wird vermutlich das Stimmverhalten der anderen Veto-Mächte in den meisten Fällen ebenfalls mehr von ihren Interessen geleitet denn von den hehren Prinzipien der VN-Charta. Kleinere Staaten pochen dagegen mehr auf die Einhaltung der VN-Satzung, weil sie ihre Souveränität stärkt.

<sup>119</sup> Dieses Dilemma ist bereits aus dem Jahre 1999 bekannt, als im Vorfeld des Vorgehens der NATO gegen Jugoslawien ein sich abzeichnendes Veto Russlands und Chinas im Sicherheitsrat den Druck auf Belgrad reduzierte und es in seiner Kooperationsunwilligkeit bestärkte.

*hervorgerufen – die bisherige Blockade der Reform der Weltorganisation muss überwunden, ihre Leistungs- und Entscheidungsprinzipien müssen den seit 1945 drastisch veränderten Verhältnissen angepasst werden“.*<sup>120</sup>

## **5. Reflexion machtpolitischer Asymmetrien in sicherheitspolitischen Konzepten**

### **5.1. Allgemeines**

Es erscheint a priori plausibel, dass sich Staaten mit unterschiedlichen Machtpotenzialen verschiedener Strategien bedienen, um ihre Sicherheit gewährleisten zu können. Super- und Großmächte sind fähig, ihre Sicherheitsinteressen nicht nur rein defensiv etwa durch Territorialverteidigungskonzepte, sondern auch offensiv durch Machtprojektion jenseits ihrer Grenzen zu verfolgen. Die Möglichkeiten von kleineren Staaten, ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit zu erhalten, beschränken sich im Großen und Ganzen auf drei Optionen: eine möglichst gleichberechtigte Teilnahme an einem Bündnis, die freiwillige „Unterwerfung“ unter einen starken Partner sowie die Verfolgung autonomer Lösungen mit der Absicht, sich entweder ohne großen Aufwand aus Konflikten heraushalten zu können oder durch ernsthafte Vorbereitungen und umfangreiche Aufwendungen Gefahren, Risiken und Bedrohungen begegnen zu können.<sup>121</sup> Allerdings ist hier anzuführen, dass sich infolge des sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels nach 1989 in großen wie in kleinen Staaten die Auffassung durchzusetzen beginnt,

---

<sup>120</sup> Rechkemmer a.a.O., S. 3.

<sup>121</sup> Gärtner differenziert hier genauer und definiert acht Optionen, wobei sie letztlich auf die drei angeführten grundsätzlichen Möglichkeiten zurückgeführt werden können. Vgl. Gärtner, Heinz: Konzepte zur europäischen Sicherheit – ein Theorievergleich. In: Reiter, Erich (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997, S.121ff.

dass den neuen Herausforderungen nur mehr im multinationalen Verbund begegnet werden kann.

Allianzen bilden in den internationalen Beziehungen ein flexibles sicherheitspolitisches Instrument, in dem starke und schwache Akteure in synergetischer Kooperation ihre Sicherheitsinteressen gemeinsam verfolgen.<sup>122</sup> Machtpolitische Asymmetrien spielen dabei *sui generis* durch die Zweckorientierung zumindest nach außen hin eine untergeordnete Rolle, können aber realiter in den internen Entscheidungsprozessen zum Ausdruck kommen. Als aktuelles Beispiel kann hier die NATO angeführt werden, die als Verteidigungsbündnis unter den Bedingungen des Kalten Krieges entstand und nach der politischen „Wende“ 1989 in Mittel- und Osteuropa die Transformation zu einem bedeutenden Friedens- und Integrationsinstrument in Europa vollziehen konnte. In der „heißen Phase“ des Kalten Krieges hatten sich dagegen mittlere und kleinere Staaten unter den Schutz der Weltmacht USA begeben, während diese in den Vorteil gelangte, die Hauptfront eines möglichen Verteidigungskrieges auf europäisches Territorium verlagern und eine nicht unbedeutende Verteilung von Risiken und Lasten erzielen zu können. Analytisch betrachtet könnten dabei die Motive von demokratischen Mittel- und Kleinstaaten, sich einer Allianz anzuschließen, als Konzept des "balance and (not) fight" und einer "voice of opportunity" interpretiert werden.<sup>123</sup>

Der Kontrahent der NATO in Gestalt des Warschauer Pakts umfasste die Sowjetunion und die kleineren kommunistischen Staaten im

---

<sup>122</sup> Vgl. Bergsmann, Stefan: *The Concept of Military Alliance*. In: Reiter, Erich/Gärtner, Heinz (Hrsg.): *Small States and Alliances*. Heidelberg/New York 2001, S. 25.

<sup>123</sup> "Balance and (Not) Fight" bedeutet dabei die Teilnahme an einem Bündnis mit der Absicht, entweder einen möglichst geringen (Not Fight) oder einen maximalen Beitrag im Krieg zu leisten. "Voice of Opportunity" wäre die Teilnahme an einem Bündnis in dem Glauben, im Verbund mit anderen Staaten seine Interessen besser durchsetzen zu können. Vgl. Gärtner, Heinz: *Konzepte zur europäischen Sicherheit – ein Theorievergleich*. In: Reiter, Erich (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997*. Graz/Wien/Köln 1997, S. 121ff.

westlichen Vorfeld. Letztere waren aufgrund der machtpolitischen Überlegenheit Moskaus bis 1989 weitgehend entmündigt.

Europäische Staaten, die keinem der beiden Machtblöcke angehörten, suchten nach sicherheitspolitischen Sonderwegen, um ihre äußere Sicherheit zu gewährleisten. Die realen Handlungsoptionen waren sehr begrenzt und bewegten sich zwischen Neutralität und Allianzfreiheit. Neutralität bedeutet dabei in der positiven Sichtweise, Konfliktparteien positive Dienste wie z.B. Vermittlung anzubieten, ohne sich selbst am Krieg zu beteiligen oder darin involviert zu werden. Einer negativen Interpretation zufolge wird Neutralität allerdings als "Verstecken" und ein Versuch, Kriege ohne besondere eigene Anstrengung möglichst unbeschadet zu überstehen, gesehen.<sup>124</sup>

In der Folge werden nun einige ausgewählte aktuelle Sicherheitskonzepte als Ausdruck asymmetrischer Machtverhältnisse dargestellt.

## **5.2. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002**

Die weltweiten macht- und ordnungspolitischen Veränderungen nach 1989, insbesondere aber die Terroranschläge vom 11. September 2001, beeinflussten die neue Sicherheitsstrategie der einzigen Supermacht USA maßgeblich. So geht die ziemlich genau ein Jahr nach diesen Anschlägen vorgelegte „National Security Strategy of The United States“<sup>125</sup> von zwei Prinzipien aus: der US-Dominanz im Internationalen System und dem Präventionsgedanken.

Trotz der mehrfachen Betonung der Notwendigkeit einer multilateralen Zusammenarbeit in Sicherheitsbelangen lässt

---

<sup>124</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>125</sup> Volltext z.B. unter [www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf). US-Präsident George W. Bush unterfertigte das Dokument am 17.9.2002.



Washington letztlich keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit a) notfalls auch alleine zu handeln und b) „den Aufstieg künftiger globaler Rivalen verhindern“ zu wollen (so noch der Text in der Defence Planning Guidance 1992). In der neuen Sicherheitsstrategie wird diese Absicht wie folgt weiterentwickelt: *„Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, um jeden möglichen Gegner davon abzuhalten, militärisch aufzurüsten in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten zu erreichen oder zu übertreffen“*.<sup>126</sup>

Aus dem Bewusstsein der unangefochtenen militärischen Stärke und der traumatischen Erlebnisse vom 11. September entwickelte sich ein unipolares Dominanzdenken, das die asymmetrischen globalen Machtverhältnisse spiegelt. Vor allem die deklarierte Absicht, im Bedarfsfall auch ohne Zustimmung der Staatengemeinschaft präventiv gegen einen potenziellen Gegner oder potenzielle Gefahren vorgehen zu wollen, ruft bei den meisten anderen Staaten Unbehagen oder offene Ablehnung hervor.<sup>127</sup> Dieser Kurs des „geopolitischen Affronts“ und der „völkerrechtlichen Konfrontation“, der insbesondere im Irak im Frühjahr 2003 seine Bestätigung erfuhr, wirft deshalb die Frage auf, ob, in welcher Form und in welchem Zeitraum sich eine „antihegemoniale Allianz“ regionaler Großmächte bilden könnte, falls die USA ihren unilateralen Kurs in der aktuellen Ausprägung dauerhaft weiter verfolgen.

In der US-Sicherheitsstrategie kommt aber indirekt noch eine zweite Asymmetrie zum Ausdruck, nämlich die disproportional hohe Bedeutung von „schwachen“ oder „gescheiterten“ Staaten und sogenannter „Schurkenstaaten“. Während die Bedeutung schwacher/gescheiterter Staaten (weak/failed states) nicht aus deren Machtpotenzialen, sondern aus ihrem macht- und ordnungspolitischen Unvermögen und daraus resultierenden

---

<sup>126</sup> Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: Amerikas Mission. SWP-Aktuell 38, Berlin 2002, S. 2.

<sup>127</sup> Mit den Fragen, die sich aus einer Präventivkriegführung ergeben, setzt sich u.a. auch Heinz Gärtner auseinander. Vgl. Gärtner, Heinz: Sicherheits- und Bündnispolitik in Vergangenheit und Gegenwart. OIIP Reprint Nr.4, Wien 2003, S. 26f.

Destabilisierungseffekten entsteht, leitet sich die „Stärke“ und Gefahr der anderen Kategorie zumeist aus dem mutmaßlichen oder tatsächlichen Besitz von Massenvernichtungswaffen ab. Besonders die Möglichkeit, dass „Schurkenstaaten“, die sich im Visier der USA befinden, eine „Zweckgemeinschaft“ mit transnationalen Terrornetzwerken wie der al-Qaida eingehen und bereit sind, gegebenenfalls auch Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, einzusetzen oder weiter zu geben, stellt aus Perspektive der USA ein „worst case“-Szenario dar, das es mit allen Mitteln zu verhindern gilt.<sup>128</sup>

Der Besitz von Massenvernichtungswaffen (im „Idealfall“ samt weitreichender Trägersysteme) stellt daher im Bedrohungsempfinden westlicher Staaten einen immer bedeutsameren Faktor dar, da er zu einem „equalizer“ zwischen per se asymmetrischen Akteuren werden könnte. So erscheint es etwa nicht abwegig anzunehmen, dass eine öffentliche oder geheim übermittelte Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen selbst das Verhalten der Supermacht USA maßgeblich beeinflussen könnte. In diesem Zusammenhang kann beispielsweise auf das provokante und konfrontative Verhalten Nordkoreas im Umfeld des Irakkrieges 2003 verwiesen werden.

Gerade im Lichte eines de facto gescheiterten Nichtverbreitungs-Regimes und des Umstandes, dass bereits 35 Staaten Massenvernichtungswaffen besitzen, herstellen oder entwickeln,<sup>129</sup> gewinnt dieser Aspekt im Zusammenhang mit der steigenden Bedeutung und Zunahme nicht-staatlicher Akteure, die nach Massenvernichtungswaffen streben, an sicherheitspolitischer Brisanz.

In diesem Zusammenhang ist eine weitere Passage in der neuen US-Sicherheitsstrategie von Bedeutung, die festhält, dass die USA ein

---

<sup>128</sup> Dies betonte US-Präsident George Bush auch anlässlich seiner Rede im „The Banqueting House, Whitehall Palace“ in London im November 2003.

<sup>129</sup> Vgl. Reiter, Erich/Sedlacek, Ursula: Massenvernichtungswaffen im Vormarsch. Interne Information zur Sicherheitspolitik Nr. 18, Wien 2003, S. 4.

„effective defense missile system“ entwickeln wollen.<sup>130</sup> Die Implementierung der ersten Abwehrsysteme, vor allem zum Schutz global eingesetzter Interventionstruppen, ist bereits für 2004 vorgesehen.<sup>131</sup> Damit wird sich die bereits bestehende rüstungstechnologische Asymmetrie („technology gap“) zwischen den USA und den meisten anderen weltpolitischen Akteuren weiter vergrößern. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit damit auch die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit und -freiheit Washingtons zunimmt.

### **5.3. Russische Versuche einer Kompensation machtpolitischer Asymmetrie**

Selbst den größten russischen Traditionalisten und den konservativsten Realpolitikern dürfte inzwischen klar geworden sein, dass die Russland geopolitisch kein symmetrischer (also gleichwertiger) Gegenspieler der USA mehr sein kann. Die konventionellen russischen Streitkräfte sind dem hoch technologisierten US-Militär längst in allen Belangen unterlegen. Lediglich in einem einzigen Bereich, nämlich den strategischen Nuklearwaffen, kann sich Moskau noch einigermaßen als ebenbürtig betrachten.

Da die konventionellen russischen Streitkräfte – wie die beiden Kriege in Tschetschenien (1994-96 und seit 1999) eindrucksvoll belegen – immer mehr an Schlagkraft einbüßen, muss deren mangelnde Abhaltewirkung vermehrt durch atomares Drohpotenzial ausgeglichen werden. Nach allgemeiner Auffassung wurde mit der derzeit gültigen, im Jahr 2000 beschlossenen russischen Konzeption für nationale Sicherheit die „Schwelle“ zu einem Atomwaffeneinsatz gesenkt: Während es in der Konzeption von 1997 noch hieß, dass er

---

<sup>130</sup> The National Security Strategy of the United States of America, Kapitel V, S. 17.

<sup>131</sup> Notizen des Autors anlässlich der Teilnahme an der 5. Konferenz über Ballistic Missile Defense, veranstaltet vom Royal United Services Institute/London vom 18.11. - 20.11.2003.

bei einer „Bedrohung für die Existenz Russlands als souveräner Staat“ erfolgt, ist er nun vorgesehen, wenn „*im Falle der Notwendigkeit der Abwehr einer bewaffneten Aggression alle anderen Maßnahmen zur Lösung einer Krisensituation erschöpft sind oder sich als ineffektiv erwiesen haben*“.<sup>132</sup> Russland betrachtet sein Atomarsenal aber offenbar nicht nur als militärisches Instrument für den derzeit und in der überschaubaren Zukunft wohl wenig wahrscheinlichen Fall eines Atomkrieges, sondern auch als politischen „Hebel“, der auch und gerade in den Beziehungen zum Westen angesetzt werden kann. So zeigen sich zahlreiche russische Politiker, Militärs und Medien allen Ernstes überzeugt, dass es gerade die Kernwaffen sind, die den Westen von einer militärischen Intervention gegen Russland abhalten.<sup>133</sup> In Manöverszenarien der russischen Streitkräfte, die mitunter auch den Einsatz von Atomwaffen vorsehen, fungieren die USA bzw. die NATO nach wie vor als (wie es in Russland heißt) „potenzieller Gegner“.<sup>134</sup>

Im atom-strategischen Bereich erhebt Moskau nach wie vor Anspruch auf „Parität“ (Symmetrie) zu den USA, weil andernfalls – so fürchtet man in Moskau – die Sicherheit Russlands, ja die gesamte internationale Stabilität massiv in Frage gestellt wäre. Die russische Strategie, die gegenüber den USA offenkundig bestehende Unterlegenheit in den Bereichen Wirtschaftskraft und konventionelle Streitkräfte durch ein großes Atompotenzial zu kompensieren, ist offenkundig erfolgreich: Russland hat in den internationalen

---

<sup>132</sup> Zitiert nach Malek, Martin: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): In: ÖMZ, 2/2000, S. 226.

<sup>133</sup> Die Operation "Allied Force" der NATO gegen Jugoslawien 1999 und das amerikanische Vorgehen gegen den Irak 2003 führten in Russland denn auch zu allgemeinen Forderungen nach einer Erhöhung des Militärbudgets, da die Sicherheit des Landes anders nicht zu garantieren sei. Der föderale Budgetentwurf für das Jahr 2004 sieht denn auch eine (weitere) Anhebung der Militärausgaben vor.

<sup>134</sup> Vgl. dazu Malek, Martin: Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie), 3/2002. Wien 2002, S. 17-22.

Beziehungen zweifellos viel mehr Einfluss, als man aufgrund von Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung annehmen könnte.

Dazu kommen – ebenfalls recht effektive – Versuche, der Asymmetrie gegenüber den USA durch die der gesamten russischen Außen- und Sicherheitspolitik zugrundeliegende Doktrin der „multipolaren Welt“ ideologisch zu kontern. Sie postuliert mehrere „gleichberechtigte“ Großmächte – neben Russland v.a. die USA, China, die EU, Japan und Indien (aber dezidiert nicht die NATO) – und ist explizit den (nach russischer Ansicht bestehenden) Bemühungen der USA zur Schaffung einer „einpoligen Welt“ entgegengesetzt. Es handelt sich hier um einen offenkundigen Versuch, das ökonomisch schwache Russland in einen „Kreis von Großmächten“ zu reklamieren und damit ein Mitspracherecht in sämtlichen relevanten weltpolitischen Angelegenheiten anzumelden.

Moskau ist auch bestrebt, durch verschiedene Allianzen einen Gegenpol zu den USA zu bilden und damit einer „multipolaren Welt“ näher zu kommen. So schlug z.B. der ehemalige Außenminister und Ministerpräsident Jewgenij Primakow Ende 1998 ein „strategisches Dreieck“ Russland – China – Indien vor,<sup>135</sup> und 2003 verbündete sich Moskau mit den beiden NATO-Mitgliedern Deutschland und Frankreich gegen die US-Operation im Irak.

#### **5.4. Österreichs Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin als Eingeständnis relativer Schwäche**

Österreich als Kleinstaat und machtpolitisch unbedeutender Akteur hatte sich während des Kalten Krieges dem Sicherheitskonzept der Neutralität verschrieben. In Anbetracht der (insbesondere im Vergleich mit anderen neutralen Staaten) niedrigen Aufwendungen für Verteidigung sprachen viele Beobachter von einem „Verstecken“

---

<sup>135</sup> Vgl. Brill, Heinz: Strategische Allianzen in der internationalen Politik. In: ÖMZ, 5/2002, S. 541.

in der Hoffnung, eine allfällige Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken NATO und Warschauer Pakt möglichst unbeschadet zu überstehen. Positive Interpreten der Neutralität hoben dagegen die guten Vermittlungsdienste und das internationale Engagement hervor (die zweifelsohne zu bestimmten Zeiten dem weltweiten Ansehen Österreichs sehr zuträglich waren), die das Land vor der Verwicklung in einen Krieg in Mitteleuropa bewahren sollten. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden allerdings zahlreiche Dokumente aus Archiven früherer Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes (und v.a. der DDR) bekannt, die belegen, was zu Zeiten des Kalten Krieges lediglich (plausibel) zu vermuten war: die Neutralität hätte Österreich im Falle eines „heißen Krieges“ zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt keinesfalls geschützt.<sup>136</sup>

Im Lichte des sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels nach 1989 entwickelte sich in Österreich die Erkenntnis, dass den neuen Herausforderungen auch eines Neutralen nicht mehr einzelstaatlich begegnet werden kann. Zweifellos war dabei die Vollmitgliedschaft in der EU ab 1995 mit ein treibender Faktor. Die EU gab auch einen institutionellen Rahmen für die zukünftige sicherheitspolitische Orientierung Wiens.

Die Möglichkeit zum Ausgleich der evidenten einzelstaatlichen Schwächen im Internationalen System (und v.a. sicherheitspolitischer Risiken, Gefahren und Bedrohungen) wird seit etwa 2000 in einer möglichst umfangreichen und intensiven Integration der österreichischen Aktivitäten in ein europäisches Sicherheitssystem gesehen. So heißt es in der Ende 2001 verabschiedeten Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, dass *„die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken nicht im Alleingang, sondern nur durch internationale solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen“*

---

<sup>136</sup> Das gab inzwischen auch eine der Neutralität keineswegs kritisch gegenüberstehende Wiener Zeitschrift zu; vgl. Profil, 17.3.2003, S.19. Für Details vgl. Reiter, Erich/Blasi, Walter: Österreichs Neutralität und die Operationsplanungen des Warschauer Paktes. Informationen zur Sicherheitspolitik (Landesverteidigungsakademie/Militärwissenschaftliches Büro), Wien, Nr. 20/Juli 1999.

sind und dass „Österreich seine Sicherheitspolitik heute im Wesentlichen im Rahmen der EU verwirklicht“.<sup>137</sup>

Österreich als Kleinstaat versucht also, seine relative macht- und sicherheitspolitische Schwäche im Internationalen System durch die Einbettung in einen größeren Rahmen auszugleichen. Darüber hinaus kommt in der Bedrohungsanalyse auch die gestiegene Bedeutung nichtstaatlicher Akteure zum Ausdruck, wenn Österreich sich aktuell und künftig keiner existenzbedrohenden Aggression durch einzelne Staaten oder Machtblöcke ausgesetzt sieht, sondern v.a. „negative Rückwirkungen“ von Konflikten außerhalb Europas (und insbesondere Terrorismus, Waffen-, Drogen- und Menschenhandel, Migrationsströme, Umweltkatastrophen sowie Krisen im Wirtschafts- und Finanzsektor) befürchtet.<sup>138</sup>

## **6. Die Supermacht USA als „asymmetriegenerierender Hegemon“**

Die USA verfügen über eine dominierende Machtposition im Internationalen System, der sie auch zu „asymmetrischer Kriegführung aus Überlegenheit“ befähigt.<sup>139</sup> Der amerikanische Unilateralismus basiert dabei weniger auf einer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit der US-Gesellschaft als vielmehr auf den umfassenden militärischen Möglichkeiten ("hard power"), welche die USA in den letzten Jahrzehnten konsequent aufgebaut haben.<sup>140</sup>

---

<sup>137</sup> Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Bundeskanzleramt, Wien 2002, S. 3f.

<sup>138</sup> Vgl. ebenda, S. 6

<sup>139</sup> Vgl. Münkler, Herfried: Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege. In: Schröfl, Josef/Pankratz, Thomas: Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden-Baden 2004, S. 87.

<sup>140</sup> Vgl. hierzu Hirsh, Micheal: Bush and the World. In: Foreign Affairs, 5/2002. New York 2002, S.18-43. Für die Bedeutung der "militärischen Macht" in der internationalen Politik vgl. Ehrhart, S. 683-690.

Der von Präsident Bill Clinton praktizierte Multilateralismus in den 1990er Jahren war mit den europäischen Ansichten kompatibel und stand voll und ganz im Zeichen der Globalisierung von Politik und Wirtschaft.<sup>141</sup> Die Nachfolgeadministration von George W. Bush hält dagegen den Multilateralismus für ein ungeeignetes Konzept zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Allerdings haben die Proteste der Europäer Bush veranlasst, den unilateralen Ansatz etwas abzuschwächen. So basiert etwa die "Road Map" für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf einem gemeinsamen Vorgehen der UNO, der EU, der USA und Russlands.

Die konkreteste Ausformung der internationalen Asymmetrie in sicherheitspolitischer Hinsicht stellt die „Bush-Doktrin“ dar. Sie repräsentiert einen unilateralistischen Ansatz und fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus für die USA zu entscheiden: „*Either you are with us, or you are with the terrorists*“.<sup>142</sup> Die Bush-Doktrin betrieb die Transformation hin zu einem offensiven Unilateralismus, um neue außen- und sicherheitspolitische Zielsetzungen zu rechtfertigen. Das schließt die „Deklaration der US-Hegemonie“ ebenso mit ein wie neue bilaterale Beziehungen zu wichtigen Ländern wie China, Russland, Indien und Pakistan.

Aus der Position der Stärke heraus konnte auch die Regierung in Islamabad 2001 „veranlasst“ werden, ihre Unterstützung für das Taliban-Regime in Afghanistan aufzugeben.<sup>143</sup> Die National Security Strategy der USA bot die Basis für die Isolation des Irak und Druck auf andere „Schurkenstaaten“ (v.a. Nordkorea, Iran, Syrien), um diese zur Einstellung ihrer Unterstützung von Terrororganisationen zu bewegen. Sollten die US-Sicherheitsinteressen mit friedlichen Mitteln nicht realisiert werden können, dann droht Washington mit „präemptiven Maßnahmen“ gegen Förderer des internationalen

---

<sup>141</sup> Vgl. hierzu Schild, Georg: Amerikanischer Anspruch auf Unilateralismus: Nationale Interessen in der US-Außenpolitik. In: Internationale Politik, 4/2002, S. 37-41.

<sup>142</sup> Bush, zitiert nach Hirsh a.a.O., S. 19.

<sup>143</sup> Vgl. Hirsh a.a.O., S. 19.



Terrorismus.<sup>144</sup> Die National Security Strategy ist die Antwort auf eine neue Bedrohungslage, die sich aus US-Sicht aus folgenden (miteinander interagierenden) Komponenten zusammensetzt:

- internationaler Terrorismus,
- Proliferation von Massenvernichtungswaffen,
- „Schurkenstaaten“.

Die Asymmetrie in der internationalen Sicherheitspolitik wird aber nicht nur durch einen progressiven politischen Aktionismus der amerikanischen Führung in struktureller Hinsicht begründet, sondern auch durch die Verfügbarkeit der modernsten Aufklärungs- und Waffentechnologien, die als eine wesentliche Voraussetzung für die internationale Machtdisparität zwischen den USA und allen anderen Staaten gelten.

Neben dem durch einen „unsichtbaren Feind“ erweiterten Sicherheitsdilemma kommt Asymmetrie besonders auch dadurch zum Ausdruck, dass die USA durch ihre „hard power“ einen militärischen Konflikt austragen können, ohne die eigene Vernichtung riskieren zu müssen. Die Entscheidungsträger im Nationalen Sicherheitsrat der USA bestimmen dabei auf der Basis von Aufklärungsergebnissen, in welchen Fällen präventive Maßnahmen gemäß der National Security Strategy angewendet werden.

Die Arbeit der Geheimdienste ist für den Erhalt einer amerikanischen Dominanz und damit einer Fortschreibung der Machtasymmetrie von zentraler Bedeutung, auch wenn die Diskussion über mögliche Versäumnisse im Kontext des 11. September sowie bis Anfang 2004 nicht auffindbarer Massenvernichtungswaffen im Irak die amerikanische Intelligence Community und den britischen Nachrichtendienst in den Mittelpunkt kritischer öffentlicher Diskussionen gerückt hat. Ohne eine entsprechende „intelligence power“<sup>145</sup> wäre jedoch die sicherheitspolitische Überlegenheit der

---

<sup>144</sup> Vgl. ebenda.

<sup>145</sup> Vgl. hierzu Herman, Michael: Intelligence Power in Peace and War. Cambridge 1996.

USA nicht denkbar, da die internationale Bedeutung, Glaubwürdigkeit und Mediatorenrolle (z.B. im Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan) nicht möglich wäre.<sup>146</sup> Hinter den politischen Kulissen werden (im Unterschied zu Europa) kaum philosophische Ansätze eines „gerechten Krieges“ debattiert. Für die Realpolitik ist die aktuelle Faktenlage oder die als solche perzipierte entscheidend.

Das entschlossene Vorgehen der USA gegen die Taliban, v.a. aber gegen den Irak 2003 wirft auch viele völkerrechtliche Fragen auf. So scheint aktuell internationales Recht aus US-Perspektive eher sehr einseitig interpretiert und im Zweifelsfall unter Berufung auf das „Recht auf Selbstverteidigung“ verdrängt zu werden. Aus der Position der Stärke und einer außergewöhnlichen Stellung im Internationalen System heraus, mag dies in manchen Fällen machtpolitisch sehr plausibel sein. Die Auswirkungen und Folgen dieses asymmetrischen Verhaltens für das Internationale System, aber auch für die USA, bleiben abzuwarten.<sup>147</sup>

---

<sup>146</sup> Vgl. hierzu Treverton, Gregory F.: Reshaping National Intelligence in an Age of Information. Cambridge 2001.

<sup>147</sup> So ließ z.B. Russel Mead, ein angesehener amerikanischer Analytiker der US-Außenpolitik, anlässlich einer Veranstaltung der US-Botschaft (im Beisein des Botschafters) in Wien am 12.6.2003 keine Zweifel daran, dass die US-Politik ausschließlich den US-Interessen zu dienen habe und niemand von außerhalb der USA mitzubestimmen hätte.

## 7. Machtpolitische Asymmetrie als wesentliche Ursache transatlantischer Spannungen

### 7.1. Unilateralismus versus Multilateralismus

Das weltpolitische amerikanische Dominanzverhalten hat zur erheblichen Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen beigetragen. Als Bush angesichts der Kriege in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 von der "Verteidigung der zivilisierten Welt" sprach, warfen europäische Politiker und Wissenschaftler den USA vor, das Völkerrecht, die UNO und die Diplomatie zu missachten:

*„But Bush ... appears to believe in a kind of unilateral civilization. NATO gets short shrift, the United Nations is an afterthought, treaties are not considered binding, and the administration brazenly sponsors protectionist measures at home such as new steel tariffs and farm subsidies. Any compromise of Washington's freedom to act is treated as a hostile act“.*<sup>148</sup>

Die amerikanische Exekutive wird von „Hardlinern“ oder „Realisten“ („unilateralist ideologues“) dominiert, welche die Konsenspolitik der EU für inadäquat halten.<sup>149</sup>

Die neue US-Sicherheitsdoktrin verkörpert einen Unilateralismus, der sich auf einen progressiven politischen Aktionismus stützt. Diese neue Strategie sieht im Konzept präventiver Aktionen gegen asymmetrische Bedrohungspotentiale ein wirksames Rezept, um die Sicherheit der USA zu fördern. Dabei gibt Washington den Weg vor, was von einigen europäischen Staaten eher als „Diktat“ aufgefasst wird.<sup>150</sup> Die amerikanische Stärke kommt insbesondere bei der

---

<sup>148</sup> Hirsh a.a.O., S. 20.

<sup>149</sup> Vgl. ebenda, S. 21.

<sup>150</sup> Vgl. ebenda, S. 26.

Bildung von Allianzen zum Ausdruck, die sehr selektiv nach dem Motto „don't call us – we call you“ und dem Prinzip „die Mission bestimmt die Koalition“ erfolgen und den Wert bisheriger Bündnisse wie etwa der NATO oder auch bilateraler Beziehungen in einem neuen Licht erscheinen lassen.<sup>151</sup>

Da sich Groß- und Mittelmächte nicht wie die Supermacht USA auf dem internationalen Parkett bewegen können, versuchen sie mit Hilfe des Multilateralismus eine polyzentrische Weltordnung zu errichten, um durch eine Vielzahl an Kooperationsmöglichkeiten die außen- und sicherheitspolitischen Handlungsoptionen zur Realisierung ihrer politischen Präferenzen zu optimieren. Während die USA verstärkt den unilateralen Weg verfolgen, sind die EU und die meisten europäischen Staaten, aber auch China und Russland an einer multipolaren Weltordnung mit einer entscheidenden Rolle der UNO interessiert.

Neben diesen strukturellen Differenzen in ordnungspolitischen Belangen ist es auch das unterschiedliche Politikschwergewicht, das zu Verstimmung und Missverständnissen zwischen der „alten“ und der „neuen“ Welt führt. Die eindeutige Orientierung der USA an „high politics“ bewirkt ein verstärktes internationales Engagement unter zentraler Abstützung auf militärische Kapazitäten. Dagegen liegt innerhalb der EU und ihrer Mitgliedsstaaten das Schwergewicht eindeutig im Bereich der „low politics“. Während sich also die meisten Staaten Europas seit 1989 eine „Friedensdividende“ in Gestalt von sinkenden Verteidigungsausgaben leisten, um damit grosso modo die jeweiligen Sozial- und Wohlfahrtssysteme weiter finanzieren zu können, legen die USA wie zu Zeiten des Kalten Krieges größten Wert auf die Schlagkraft ihres Militärs.

Der Vorwurf der USA an das „alte“ Europa lautet daher, aufgrund politischer Fehlorientierung nicht einmal in der Lage zu sein, die Sicherheit auf dem eigenen Kontinent zu gewährleisten, geschweige denn einen adäquaten Beitrag zum Weltfrieden beizusteuern. Bei krisenhaften Entwicklungen erinnere man sich dann reflexartig des

---

<sup>151</sup> Vgl. Gärtner: (Reprint Nr. 4) S. 25.

alten Verbündeten und rufe nach den USA, damit sie auf europäischem Territorium Ordnung und Sicherheit schaffen, wie es während der Balkankriege zwischen 1991 und 1999 mehrfach der Fall war.

## **7.2. Zwei zentrale asymmetriefördernde Faktoren**

Als herausragende Komponenten, die eine Asymmetrie zwischen den USA und der EU hervorrufen, sind der unterschiedliche politische Wille und Entscheidungsfindungsprozess sowie die jeweils verfügbaren militärischen Machtmittel anzusprechen. So ist jede US-Administration trotz aller innenpolitischen und oppositionellen Probleme und Widerstände in der Lage, rasch und ohne besondere Zugeständnisse oder Rücksichtnahme auf andere Akteure eine politische Entscheidung zu treffen und umzusetzen. Auf Ebene der EU werden dagegen sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen intergouvernemental getroffen, was eines zumeist mühsamen Abstimmungsprozesses unter allen Mitgliedsstaaten bedarf. Diese auch als „Konsens- oder Kompromisspolitik“ bezeichnbare Vorgangsweise führt selten zu „Ideallösungen“, sondern stellt in der Regel einen kleinsten gemeinsamen Nenner dar. Abgesehen davon erfordert dieses Verfahren wesentlich mehr Zeit als eine Abstimmung innerhalb eines einzigen, homogenen Regierungsteams mit einem dominanten Präsidenten an der Spitze und erweckt somit bei externen Beobachtern häufig den Eindruck von Trägheit oder einer gewissen Handlungsunfähigkeit der EU.

Auch konzeptionell gibt es einen großen Unterschied zwischen den USA und der EU: Zwar verfügt Brüssel seit 13. 12. 2003 erstmals über eine gemeinsame Sicherheitsstrategie, deren reale Ausformungen und Auswirkungen bleiben allerdings abzuwarten.<sup>152</sup> Keinesfalls ist jedoch zu erwarten, dass Machtprojektion aus

---

<sup>152</sup> Der Chefkorrespondent der angesehenen deutschen Wochenzeitung „Die Welt“, Michael Stürmer, kritisierte diesbezüglich bei einem Roundtable am 24.6.2003 an der Landesverteidigungsakademie in Wien, dass die EU das eigene Ziel nicht kenne und über kein finales Konzept verfüge.

sicherheitspolitischen Erwägungen einen auch nur annähernd so hohen Stellenwert erhalten wird wie in den USA.

Neben dem politischen Entscheidungsfindungsprozess sind es v.a. die militärischen Machtmittel, welche die sich seit dem Ende des Kalten Krieges rasant erweiternde Kluft zwischen den USA und der EU im Bereich der militärischen Fähigkeiten und somit auch der politischen Handlungsmöglichkeiten bewirken. Es lässt sich auch an den Militärausgaben nachvollziehen, dass diese Unterschiede aus kontroversiellen Zugängen zu Machtausbau und -ausübung resultieren: Während der EU-Durchschnitt für Verteidigungsausgaben nach 1989 sukzessive sank und derzeit bei etwa 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt, planen die USA etwa für das Jahr 2004, 4% ihres Gesamthaushaltes in Verteidigungsmaßnahmen zu investieren. Dies führte mittlerweile dazu, dass eine Kooperation zwischen US-Streitkräften und europäischen Militärs in vielen Bereichen immer weniger eine Frage des politischen Willens, sondern verstärkt eine Frage des militärischen Könnens ist. Somit wird die Möglichkeit zur Bildung einer „coalition of the willing and able“ tatsächlich immer mehr zu einer Frage der „europäischen Partnerschaftsfähigkeit“ gegenüber den USA.

## **8. Conclusio**

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Asymmetrie ein systemimmanentes Merkmal in den internationalen Beziehungen darstellt. Sie dürfte im sicherheitspolitischen Bereich noch an Bedeutung gewinnen. Dies erklärt sich einerseits aus dem Bestreben der USA, die derzeitige globale Führungsrolle zu verteidigen oder sogar weiter auszubauen, wozu sie aufgrund ihrer Ressourcen und eines dazugehörigen politischen Willen befähigt erscheinen. Andererseits wird Asymmetrie durch die steigende Zahl nicht-staatlicher Akteure und ihrer globalen, vernetzten Wirkungsmöglichkeiten vermehrt zu einer substanziellen Herausforderung für Staaten und das Internationale System. Die der vorliegenden Analyse zu Grunde gelegten neorealistischen

Annahmen werden durch die realpolitischen Entwicklungen in der internationalen Politik bestätigt. Damit erhalten auch die Konditionalfaktoren als die strukturelle Manifestation von Ungleichheit ihre Bestätigung.

Konzeptionelle und strategische Überlegungen, machtpolitische Ungleichheiten ausgleichen zu können, sind ein ständiger Begleitfaktor dieser Entwicklung. Die verstärkte Kooperation von „Schwächeren“, die einen Gegenpol bilden kann, der allerdings nicht per se in Konkurrenz oder gar Konfrontation zu einem überlegenen Stärkeren (Hegemon) stehen muss, stellt dabei unverändert die konventionelle Form eines versuchten Ausgleichs dar. Es bleibt aber vorerst offen, inwieweit diese Option im Konkurrenzdenken und Spannungsfeld heterogener nationaler Interessen tatsächlich zum Tragen kommt. Die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen wird dabei nicht nur vom US-Unilateralismus, sondern in hohem Maße auch von einer gesamteuropäischen sicherheitspolitischen Emanzipation und Etablierung im globalen Rahmen bestimmt werden.

Abzuwarten bleibt auch die zukünftige Rolle der UNO als potenzielle Ausgleichsinstitution von Asymmetrie. Ihren Möglichkeiten sind realistisch betrachtet eher enge Grenzen gesetzt, solange die USA ihre unangefochtene Führungsrolle ausüben können und wollen. Einer steigenden, primär durch Uneinigkeit im Sicherheitsrat hervorgerufenen Marginalisierung der UNO (wie sie von einigen Vertretern der US-Regierung prognostiziert wird) steht demnach die positive Option einer Gestaltungsfunktion gegenüber, die allerdings mit einer gewissen Arrangementbereitschaft gegenüber den USA einherzugehen hätte. Die Rolle einer „Weltregierung“ für die UNO, die auch allen machtpolitischen Asymmetrien ein Ende bereiten könnte, ist jedoch unverändert auf absehbare Zeit auszuschließen.

Von größter Bedeutung wird aber sein, welche Konzepte und Strategien sogenannte „Schurkenstaaten“ und nicht-staatliche Akteure, insbesondere Terrornetzwerke, gegenüber Staaten, der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Interventionsmacht USA entwickeln und anwenden werden. Dies ist

v.a. im Zusammenhang mit der Verbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu sehen. So könnte etwa das immer provokantere Verhalten Nordkoreas und die begrenzten nichtmilitärischen Handlungsmöglichkeiten der Supermacht USA gegen diesen Staat, der offen mit dem Besitz von Atomwaffen prahlt (obwohl er sie sehr wahrscheinlich nicht besitzt), ein „ermutigendes Signal“ für Staaten in ähnlicher Situation sein. Der Besitz einiger Atomsprengköpfe samt Trägersystemen könnte demnach als „Anti-Interventionsmittel“ gegen drohende Einmischungen von außen gesehen werden. Ähnliches gilt auch für biologische und chemische Systeme. Eine vielfache militärische Unterlegenheit wäre dann möglicherweise durch eine glaubhafte Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen auszugleichen.

Zusammenfassend betrachtet erscheint es als gerechtfertigt, das Phänomen der Asymmetrie als permanentes und vielfach ausgeprägtes Merkmal des Internationalen Systems zu betrachten. Durch die Effekte der Globalisierung, der technologischen Entwicklungen, die auch im Zusammenhang mit der Abhängigkeit moderner Gesellschaften von Informationssystemen zu sehen sind und der Akteursfragmentierung im politischen Bereich werden immer mehr Asymmetrien zu Tage treten – und folglich wieder zu Versuchen führen, sie insbesondere durch unkonventionelle Methoden (asymmetrisches Verhalten) zu kompensieren. Ungleichheiten werden daher auch in Zukunft eine treibende Kraft und eine Quelle von Instabilität in den Internationalen Beziehungen darstellen.



## 9. Anhang

### 9.1. Differenzierung von Asymmetrie im Kontext bewaffneter Konflikte

Der Terminus „Asymmetrie“ findet im Zusammenhang mit aktuellen bewaffneten Konflikten immer häufiger Verwendung. Auch wenn in den meisten Fällen eine damit auszudrückende Ungleichheit auf verschiedensten Ebenen und in den unterschiedlichsten Bereichen existiert, so ist dennoch die inflationäre Verwendung dieses Begriffes manchmal – zumindest für den unbedarften Leser – etwas irreführend. Es erscheint daher hilfreich und angebracht, eine Differenzierung vorzunehmen. Das kann zweckmäßigerweise durch die Anführung der jeweiligen Wirkungsebene von Asymmetrie erfolgen. So lässt sich etwa eine Betrachtung eines asymmetrischen bewaffneten Konfliktes auf der

- politischen
- strategischen
- operativ-taktischen und der
- taktisch-gefechtstechnischen Ebene

anstellen.

Diese Unterteilung ermöglicht nicht nur eine differenziertere Analyse, sondern zeigt auch, dass kriegerische Auseinandersetzungen gleichzeitig symmetrischer und asymmetrischer Natur sein können. Zur Erläuterung dieser These erfolgt anschließend eine abrisshafte Darstellung der einzelnen Dimensionen. Grundsätzlich ist dabei voranzustellen, dass Asymmetrie sowohl bei zwischenstaatlichen wie auch bei innerstaatlichen bewaffneten Konflikten auftreten. So stellte etwa der Krieg der USA gegen den Irak 2003 aufgrund der technischen Überlegenheit der US-Streitkräfte eine höchst asymmetrische Auseinandersetzung dar. Asymmetrien sind aber aufgrund der Unterschiedlichkeit der Akteure besonders bei

innerstaatlichen Konflikten anzutreffen, weshalb diese im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen.

**a) Asymmetrie auf politischer Ebene:** Innerstaatliche Konflikte finden zumeist zwischen regierenden Machthabern und einem oder mehreren nicht(sub)staatlichen Akteuren statt. Ein „Staat“ kämpft dabei gegen Konfliktparteien, die über unterschiedliche rechtliche, völkerrechtliche und strukturelle Merkmale und Positionen verfügen. In diesem Zusammenhang kann auch von einer unterschiedlichen „Vergesellschaftung“ der Akteure gesprochen werden.<sup>153</sup>

Gerade durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde nachhaltig auf die Existenz weiterer nicht-staatlicher Akteure im internationalen System hingewiesen. So stellt das Terrornetzwerk der al-Qaida zweifelsohne ein Subjekt von globaler Reichweite und Bedeutung dar. Der „Krieg gegen den Westen“ und dessen Gegenmaßnahmen dokumentieren politische Asymmetrie in höchster Ausprägung. Die Extremform in diesem Bereich wäre der Kampf eines Staates einer Staatengruppe gegen ein einzelnes Individuum. Das Vorgehen der USA gegen Osama bin Laden und dessen Netzwerk kommt dieser Vorstellung bereits sehr nahe.

Die Methode der Finanzierung einer bewaffneten Auseinandersetzung und die Träger der Kampfhandlungen sind ebenfalls auf der politischen Ebene angesiedelt. Während Staaten in der Regel über reguläre Sicherheitskräfte und Steueraufkommen zu deren Finanzierung verfügen, rekrutieren sich die Streitkräfte substaatlicher Akteure aus Freiwilligen oder Söldnern, die über Erlöse aus häufig

---

<sup>153</sup> Vgl. Daase, Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden 1999 S.92ff.

Als jüngste Beispiele für alle weiteren Ausführungen können der Kampf der kosovo-albanischen UCK gegen das Regime in Belgrad 1998/99, der erste und zweite Tschetschenienkrieg (1994-1996, 1999-offen) sowie der seit Jahrzehnten geführte Kampf der linksgerichteten Rebellenbewegung FARC und ELN gegen die Regierung Kolumbiens angeführt werden (Anm. d. Autors).

kriminellen Machenschaften (z.B. Drogen- und Menschenhandel) oder Sponsoren finanziert werden.

**b) Asymmetrie auf strategischer Ebene:** Staaten und substaatliche Akteure verfolgen bei innerstaatlichen Konflikten in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle konträre Strategien. Als wesentliches Merkmal ist dabei das Verhalten gegenüber der internationalen Öffentlichkeit anzuführen. Während nämlich Staaten bestrebt sind, den Konflikt abzuschotten und externe Einflussnahme zu verhindern („innere Angelegenheit“), liegt nicht-staatlichen Gruppierungen sehr daran, internationale Aufmerksamkeit und somit auch Anteilnahme zu erzielen („Internationalisierung“). Auf die überragende Bedeutung der Massenmedien sei in diesem Kontext nur hingewiesen.

Jede Strategie wird primär von den Zielsetzungen und den zur Verfügung stehenden Mitteln bestimmt, die in eine Kosten-Nutzen-Relation gestellt werden. Verallgemeinernd kann davon ausgegangen werden, dass Staatsführungen in der Regel am Erhalt des *Staus quo ante* (v.a. Macht- und Einflussverlust, keine territoriale Veränderung) interessiert sind, während substaatliche Akteure eine Veränderung (z.B. Machtwechsel, Abspaltung, Zurückdrängen des Einflusses) verfolgen. Die Kosten-Nutzen-Relation sieht Staaten im Nachteil, falls sie nicht rasch „gewinnen“. Als Extrembeispiel kann hier die „Wirksamkeit“ von Terrordrohungen angeführt werden, die einen substaatlichen Akteur nur einen Anruf kosten, während sie Staaten zu äußerst kostenintensiven Abwehr- und Gegenmaßnahmen zwingen können.

Die Strategie von Staaten gegen „Aufständische“ wie auch Terrororganisationen zielt zumeist auf eine möglichst kurze, intensive und entscheidende Auseinandersetzung ab, um „den Terror auszurotten“ oder „die Aufständischen zu vernichten“. Dieser „Vernichtungsstrategie“ setzen substaatliche Akteure zumeist eine vor allem psychische „Abnützungsstrategie“ entgegen, die jede „Entscheidungsschlacht“ zu vermeiden sucht und vielmehr auf räumlich und zeitlich ausgedehnte, kleinere Kampfhandlungen oder manchmal auch spektakuläre Aktionen setzt („Nadelstiche“ oder z.B. Bombenattentate).

Damit dies auf Dauer durchgehalten werden kann ist oftmals das Ausweichen dieser Gruppierungen auf angrenzendes Staatsgebiet zu beobachten, um sich der Verfolgung oder Vernichtung durch die eigene Staatsmacht zu entziehen. Diese aktive Form der Internationalisierung gehört zum strategischen Kalkül nicht-staatlicher Akteure und provoziert zudem Grenzverletzungen und diplomatische Spannungen zwischen den betroffenen Staaten.

Eine wesentliche Rolle kommt in den strategischen Überlegungen der Zivilbevölkerung zu, deren Gunst und Unterstützung es zu gewinnen oder zu erhalten oder die es in Schrecken zu versetzen gilt. Die Mobilisierung der Gesellschaft zur Unterstützung der „eigenen Sache“ oder um Druck auf die Regierung von Staaten auszuüben steht dabei im Mittelpunkt der Überlegungen und kann letztlich von entscheidender Bedeutung sein. Dabei ist nicht selten zu beobachten, dass Angehörige der eigenen Gemeinschaft (z.B. ethnischer oder religiöser Natur) durch substaatliche Akteure bewusst und gezielt einem Leidensdruck ausgesetzt werden, um sie für sich zu gewinnen.

**c) Asymmetrie auf operativ-taktischer Ebene:** Nachdem Staaten und nicht-staatliche Akteure a priori über unterschiedliche Möglichkeiten und Potenziale verfügen, wenden sie zwangsläufig auch verschiedene Methoden an, um die Auseinandersetzung für sich zu entscheiden. Die Asymmetrie liegt dabei in der höchst unterschiedlichen Ausrüstung sowie Ausstattung, insbesondere mit Kampfmitteln (z.B. Flugzeuge), und den jeweils angewandten Verfahren der Streitmächte begründet. Das Prinzip asymmetrischer Kriegführung besteht nunmehr darin, die führungs- und kräftemäßige sowie waffentechnische Überlegenheit der einen Seite durch ein spezifisches Verhalten nicht zur Wirkung kommen zu lassen und sie im Gegenzug an ihren Schwachstellen zu treffen („David-Goliath-Phänomen“). Auf die steigende Bedeutung von Massenvernichtungswaffen und modernster Informationstechnologie als potenzielle „equalizer“ sei an dieser Stelle nur hingewiesen.

Während daher insbesondere reguläre Streitkräfte ihre zumeist auf Auseinandersetzungen mit anderen Armeen beruhenden Konzepte

und Verfahren anwenden („konventionelle Kriegführung“), entzieht sich die Gegenseite der vernichtenden Wirkung durch subkonventionelles Verhalten. So bleibt beispielsweise tagelanges Artilleriefeuer auf eine Stadt relativ wirkungslos, wenn sich die Kämpfer der Gegenseite rechtzeitig zurückgezogen haben und ihrerseits durch Überfälle auf Versorgungskonvois des Gegners dessen Nachschub stören und ihn zwingen, den Sicherungsaufwand zu erhöhen.

Ein großer Gegensatz besteht auch im unterschiedlichen Bestreben, den Konflikt räumlich und zeitlich einzugrenzen bzw. auszuweiten. Die operativen Planer staatlicher Sicherheits- und Streitkräfte sind grundsätzlich darauf bedacht, das „Kampfgebiet“ möglichst einzugrenzen und eine Konzentration des Gegners zu erzwingen, um ihn rasch eliminieren zu können. Aufständische wie Terroristengruppierungen versuchen dagegen, dem durch systematische Ausweitung ihres Aktionsraumes zu entgehen und zugleich den Aufwand der Gegenseite in für die Gesellschaft und somit auch für die politische Führung inakzeptable Höhen zu treiben.

**d) Asymmetrie auf taktisch-gefechtstechnischer Ebene:** Abgeleitet von den operativen Zielsetzungen äußert sich die Ungleichheit im direkten Aufeinandertreffen in der unterschiedlichen Ausrüstung der Soldaten/Kämpfer und in deren Vorgehensweise. Während das Verhalten von Streitkräften als starr und schematisch (eingeübte Verfahren) sowie durch die Befehlshierarchie in hohem Maße zentralisiert - folglich daher insbesondere in unklaren Situationen als inadäquat und träge - bezeichnet werden kann, zeichnet sich die Vorgangsweise von Aufständischen wie Terrororganisationen durch hohe Flexibilität und Unberechenbarkeit aus. Dies führt dazu, dass in den meisten Fällen substaatliche Akteure das Gesetz des Handelns bestimmen, indem sie entscheiden, wann, wo und in welcher Form und Intensität ihre Aktionen stattfinden.

Die technische Ausstattung hat grundsätzlich auch auf dieser Symmetrieebene bedeutendes Gewicht. So ist es etwa ein Unterschied, ob ein Kämpfer über ein modernstes Gewehr mit Nachsichtzielfernrohr oder ein Satellitennavigationsgerät verfügt,

oder ob er mit einem ausgeschossenen Karabiner und einer alten, ungenauen Landkarte ausgestattet ist. Allerdings ist gerade auf der taktisch-gefechtstechnischen Ebene häufig festzustellen, dass diese offenkundige Asymmetrie nicht so sehr zum Tragen kommt, weil technische Überlegenheit durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten sowie gehobene Kampfmoral ortsansässiger, erfahrener Kämpfer in hohem Maße kompensiert werden kann.

Wichtiger erscheint es, in diesem Kontext darauf hinzuweisen, dass reguläre Sicherheits- und Streitkräfte an nationale und internationale Regeln gebunden sind (Kriegsvölkerrecht etc.), während nicht-staatlich organisierte Kämpfer oder Terroristen autonom entscheiden, ob, wann und an welche Konventionen sie sich halten. Dieser Umstand mündet häufig in eine Brutalisierung und Entfesselung des individuellen und kollektiven Verhaltens auf beiden Seiten.

Asymmetrische Kriegführung auf taktisch-gefechtstechnischer Ebene bedeutet daher im prototypischen Fall ein normenkonformes (konventionelles) Verhalten der Kräfte auf staatlicher Seite gegenüber einem unkonventionellen, alle Regeln der (zwischenstaatlichen) Kriegführung missachtenden Vorgehen substaatlicher Aufständischer oder Terroristen.

## 9.2. Quellenverzeichnis

Bergsmann, Stefan: The Concept of Military Alliance. In: Erich Reiter/Heinz Gärtner (Hrsg.): Small States and Alliances. Heidelberg/New York 2001.

Brill, Heinz: Strategische Allianzen in der internationalen Politik. In: ÖMZ, 5/2002 S.539-546.

Brockhaus (2001). Die Enzyklopädie in 24 Bänden. 2. Bd. Leipzig/Mannheim: F.A. Brockhaus 2001.

Buzan, Barry: People, States and Fear. New York 1991.

Daase, Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden 1999.

Ehrhart, Hans-Georg: Militärische Macht als außenpolitisches Instrument im 21. Jahrhundert. In: ÖMZ 6/2002. Wien 2002 S.689-690.

Gärtner, Heinz: Modelle europäischer Sicherheit. Wie entscheidet Österreich? Wien 1997.

Gärtner, Heinz: Konzepte zur europäischen Sicherheit – ein Theorievergleich. In: Erich Reiter (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik 1997. Graz/Wien/Köln 1997.

Gärtner, Heinz: Sicherheits- und Bündnispolitik in Vergangenheit und Gegenwart. OIIP Reprint Nr.4, Wien 2003.

Glennon, Michael J.: Why the Security Council Failed. In: Foreign Affairs. 3/2003 New York 2002 S. 16-35.

Herman, Michael: Intelligence Power in Peace and War. Cambridge 1996.

Hirsh, Michael: Bush and the World. In: Foreign Affairs. 5/2002 New York 2002 S.18-43.

Lowi, Theodore/Ginsberg, Benjamin: American Government. Freedom and Power. New York/London 2000.

Malek, Martin: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In: ÖMZ, 2/2000, S.226-232.

Malek, Martin: Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie), 3/2002.

Menzel, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main 2001.

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek 2002.

Münkler, Herfried: Wandel der Weltordnung durch asymmetrische Kriege. In: Schröfl, Josef / Pankratz, Thomas: Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik? Baden-Baden 2004.

Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Bundeskanzleramt, Wien 2002.

Rechkemmer, Andreas: Die Zukunft der Vereinten Nationen. SWP-Aktuell 15, April 2003.

Reiter, Erich/Blasi, Walter: Österreichs Neutralität und die Operationsplanungen des Warschauer Paktes. Informationen zur Sicherheitspolitik (Landesverteidigungsakademie/Militärwissenschaftliches Büro), Wien, Nr. 20/Juli 1999.



Reiter, Erich/Sedlacek, Ursula: Massenvernichtungswaffen im Vormarsch. Interne Information zur Sicherheitspolitik Nr. 18, Wien 2003.

Reiter, Erich (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997.

Schild, Georg: Amerikanischer Anspruch auf Unilateralismus: Nationale Interessen in der US-Außenpolitik. In: Internationale Politik, 4/2002, S.37-41.

Schwarz, Klaus-Dieter: Amerikas Mission. SWP-Aktuell 38, Berlin 2002.

Treverton, Gregory F.: Reshaping National Intelligence in an Age of Information. Cambridge 2001.

Woyke, Wichard: Handwörterbuch internationale Politik. Opladen 2000.

### **Internetreferenz**

The National Security Strategy of the United States of America. September 2002 [www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf).

### **Konferenzen**

Rede von US-Präsident George Bush. The Banqueting House, Whitehall Palace. London 24.11.2003.

Notizen des Autors anlässlich der Teilnahme an der 5. Konferenz über Ballistic Missile Defense, veranstaltet vom Royal United Services Institute/London vom 17.11. – 20.11.2003.

Vortrag von Russel Mead über die US-amerikanische Außenpolitik an der Diplomatischen Akademie. Wien 12.6.2003.

Stürmer, Michael (Chefkorrespondent der Wochenzeitschrift „Die Welt“): Stellungnahme im Rahmen eines Roundtables der Landesverteidigungsakademie zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wien 24.6.2003.

### **Zeitungen und Zeitschriften**

Profil, 17.3.2003, S.19.